

Krafer Zeitung.

Nr. 102.

Donnerstag den 4. Mai

1865.

Die „Krafer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafer 3 fl., mit Verfrachtung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Casse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierspaltige Petitzeile 5 Kr., im Anzeigebblatt für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Er. k. k. Apostolische Majestät haben dem Oberlieutenant in der Armee Eduard Grafen Sizzo Moris und dem Lieutenant in der Armee Heinrich Grafen Sizzo Moris die k. k. Kammererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krafer, 4. Mai.

Die „N. Pr. Z.“ ventilirt heute die Compensationsfrage. Jedermann weiß, schreibt sie, daß die beiden deutschen Großmächte den Krieg gegen Dänemark gemeinsam geführt haben, daß die Herzogthümer an Beide abgetreten, daß sie jetzt in Beider Besitz sind. So wird jeder verständige Mensch unsere öfters ausgesprochene Meinung theilen, daß, wenn Preußen aus der Eroberung und Abtretung dieser Länder Vortheile gewinnen soll, wie es solche denn nach der ganzen Lage der Sache gewinnen muß, daß dann auch Desterreich nicht einfach leer ausgehen kann. Die geographische Lage schon bringt es mit sich, daß darüber, welcherlei Ansprüche Preußen zu erheben hat, kein Zweifel sein kann. In Bezug auf Desterreich aber ist das bei seiner Lage viel schwieriger und es wird der Hauptgegenstand sein für die Verhandlungen der beiden Mächte, wie diese Frage zu beantworten, d. h. was Desterreich zu gewähren ist für die Vortheile, welche Preußen aus seiner Stellung in den Herzogthümern, bez. aus deren engerem Anschluß gewinnen soll und muß. Die „N. Pr. Ztg.“ läßt hierauf die Vorschläge des Abgeordneten Birchow, Desterreichs „natürlichen“ Besitz, d. h. also mit Ausschluß Italiens, zu garantiren und den Vorschlag der „Köln. Zeitung“, die beiden Hohenzollern für den österreichischen Antheil in den Elberzogthümern abzutreten, die Reue passiren, um sie beide zu verwerfen. Die „N. Pr. Ztg.“ jendet nun ihrerseits einen Fühler in die Welt und wirft die Frage auf, ob es unter den gegebenen Umständen nicht angemessen wäre, daß Desterreich mit seinem Gesamtbesitz in den Bund träte, was gewiß auch eine Compensation wäre. Die „N. Pr. Ztg.“ meint, Desterreich könne nicht „mit Mundwischen abziehen“, aber es scheint, daß sie sich gerne mit bloßem „Maulmachen“ abfinden möchte.

Eine Berliner Corr. der „Schles. Ztg.“ schreibt: Die österreichische Antwort auf die preussische Verurtheilung des Depesche soll im allgemeinen zustimmend lauten, aber über mehrere Punkte Aufklärung nachsuchen und auch mehrere Bedingungen oder doch Vorbehalte andeuten. Desterreich soll auch wünschen, daß der zu berufenden Vertretung ein entscheidendes, nicht nur ein consultatives Votum zuerkannt werde, obgleich noch nicht klar, ob dies in der Depesche präcis formulirt ist. Zwischen Preußen und Desterreich ist man über die Vorfragen jedenfalls noch nicht einig. Die Verhandlungen werden noch einige Zeit erfordern. Man glaubt ohnehin nicht, daß an ein gleichzeitiges Zagen der preussischen und schleswig-holsteinischen Landesvertretung zu denken sei. Nur darauf muß man sich überall gefaßt machen, daß es zu dem Zusammentritt der letzteren kommen wird. Ein nachträglicher Falllassen des Gedanken ist kaum noch zulässig. Frankreich wird allerdings wohl nicht von dem preussischen Vorschlage Act nehmen, wie ihm das von bethelligter Seite angerathen worden sein soll. Der Vorschlag ist ihm wohl nicht einmal officiell angezeigt worden, wenn auch selbstverständlich Unterhaltungen mit den Gesandten in Berlin und Paris stattgefunden haben werden. Aber eine Art von Annahme des französischen Princips hat mit dem Vorschlage stattgefunden, und das dadurch Frankreich gegenüber gewissermaßen ein moralisches Engagement eingegangen, läßt sich nicht in Abrede stellen. Die Formel der Verurtheilung ist nicht umsonst ausgesprochen, und wird sich weiter entwickeln. Daß die preussischen Forderungen festgehalten werden, ist allgemein beglaubigt, und so wird angenommen, daß Preußen den Zusammentritt hinauszuverschieben suchen werde, bis eine Verständigung mit Desterreich über die Vorfragen stattgefunden hat oder die Stände sich vorwiegend auf Preußen angewiesen haben. In dem letzteren Falle würde nöthigenfalls ohne Desterreich vorgegangen sein. Dabei fragt sich allerdings stets, ob Preußen, nachdem die Verurtheilung einmal erfolgt ist, die Situation noch wie früher beherrschen wird, ob jetzt nicht andere Factoren, die unberechenbar sind, die weiteren Schritte mit bestimmen werden.

Eine Berliner telegr. Depesche der „Schles. Z.“ vom 2. d. meldet: Die Mittheilungen des „Nord.“ über Verhandlungen zwischen Desterreich und Preußen werden als wesentlich richtig bezeichnet. Preußen hat dabei sowohl den Großherzog von Oldenburg

wie den Herzog von Augustenburg als Prätendenten im Auge gehabt; Desterreich hat aber die preussischen Vorschläge principiell abgelehnt und erklärt, daß es sich das Urtheil darüber vorbehalten müsse, unter welchen Bedingungen es seine Besitzrechte auf einen Candidaten übertragen könne. Die Unzufriedenheit über die Haltung Desterreichs spricht sich sehr scharf in einem Artikel der Zeidler'schen Correspondenz aus. In demselben ist gesagt, Desterreich verneine nur und spiele so die Rolle der Opposition, welche, einer gesunden Machtentwicklung abgeneigt, durch Berufung auf unschuldbar gewordene Rechtsprincipien, das Wachstum eines neu herauskeimenden Rechtes hintertreibt. Gegenüber einer von verschiedenen Seiten auftauchenden Nachricht, daß Preußen, ungeachtet der österreichischen Einsprache, in Kiel, Friedrichsort und andern Punkten Vorarbeiten für Hafenbauten, Anlage von Werften u. betriebe, die dennoch auf eine beabsichtigte Festlegung im Kieler Hafen schließen ließen, wird dem „Fremdenblatt“ als zuverlässig gemeldet, daß von Berlin aus, seitdem der österreichische Protest daselbst eingetroffen, die Siftirung aller weiteren Vorarbeiten, commissionellen Begehungen und Vermessungen angeordnet worden sei. Die preussische Antwort auf die bereits erwähnten österreichischen Vorschläge in Betreff der Art der Ständeeinberufung wird, wie verlautet, demnächst in Wien erwartet.

Nach einem Telegramm des Hamburger Correspondenten wollen Desterreich und Preußen keine Competenzbeschränkung der schleswig-holsteinischen Stände, räumen demselben aber keine entscheidende Stimme ein.

Das preussische Mitglied der obersten Civilbehörde in Schleswig-Holstein hat, wie mitgetheilt wird, soeben zum drittenmal — zuerst in der Kieler Hafenfrage, dann in der Flaggen-Angelegenheit — den Versuch gemacht, hinter dem Rücken Desterreichs in den Herzogthümern einseitig vorzugehen. Diesmal hat Herr v. Jedlit auf eigene Faust die Unterstützung der Landesregierung für Vermessungen in Anspruch genommen, welche preussische Ingenieure an der schleswig-holsteinischen Westküste auszuführen beauftragt sind; aber diesmal hat die Landesregierung es auf einen eventuellen nachträglichen Einspruch des Herrn v. Halbhuter nicht ankommen lassen, sondern, durch die früheren Vorgänge genügt, proprio motu das betreffende Erlaßschreiben an die oberste Civilbehörde mit der „ergebensten Bitte“ um Verhaltungsbefehle eingeleitet, und Herr v. Jedlit wird also in der eigenthümlichen Lage sein, im Recurswege sich selbst desavouiren zu müssen.

Nach der Flensburger „Nordd. Z.“ sollte dem österreichischen Civilcommissar Frh. v. Halbhuter aus Anlaß der Feier von Düppel und Alsen mitgetheilt worden sein, daß, falls er nach Sonderburg zu reisen gedenke, die Corvette „Augusta“ zu seiner Verfügung stehe. Diese Angabe ist, wie die „Köln. Zeitung“ aus verlässlicher Quelle erfährt, vollständig erdichtet.

Nach amtlicher Bekanntmachung hat der König Dänemark unter dem 17. v. M. die provisorische schleswig-holsteinische Flagge anerkannt; jedoch soll diese Anerkennung keine Veränderung in der durch den Wiener Friedensvertrag stipulirten Behandlung der schleswig-holsteinischen Schiffe nach den an die meistbegünstigten Nationen von Seiten Dänemarks zugesicherten Vergünstigungen involviren.

Baron v. Scheel-Plessen ist aus Holstein in Berlin eingetroffen und hatte am 2. d. Mittags eine längere Unterredung mit Herrn von Bismarck.

Nach der „Köln. Ztg.“ beruhte der Widerstand des französischen Ministeriums gegen die Abreise des Kaisers auf der unbestimmten Kunde eines zu Lyon gegen den Kaiser von Polen und Italienern vorbereiteten Complots, von denen eine große Zahl am Mittwoch und Donnerstag verhaftet wurde. Ein öffentlicher Proceß solle dieserhalb nicht angestellt werden. Am Samstag Nachts wurde zu Lyon ein Feuerwerk verhaftet, bei welchem eine Explosion stattfand, ohne daß derselbe genügende Auskunft zu geben vermochte.

Ueber die Absichten des Kaisers Napoleon in Betreff Algiers verlautet nach Pariser Nachrichten vom 2. d., daß er den Küstenstrich völlig Frankreich einverleiben will. An den entferntesten Grenzen des einverleibten Theiles Algiers sollen Festungen errichtet werden und letzterer unter der Oberhoheit Frankreichs von regierungsfreundlichen Hauptlingen regiert werden.

Ueber Marseille nach Paris eingelangte Nachrichten vom 2. d. melden, Herr Begezzi habe eine Audienz gehabt, deren Resultat den Senator zur Abreise von Rom veranlaßt, um von seinem Monarchen neue Instruktionen einzuholen, da die Verhandlungen sich unerwartet über das anfänglich gesteckte Ziel hinausgegangen; von einem Abbruch der Verhandlungen ist also keine Rede.

Das Antwortschreiben des Königs Victor Emanuel an den Papst enthält, nach dem „Avvenire“, folgende Anerbietungen als Gegenleistung, falls der heil. Vater auf die weltliche Macht verzichten wolle: a) Anerkennung der vom Papste für die vacanten Diöcesen ernannten Bischöfe; b) Belassung der geistlichen Orden, der Klöster und Klostergüter; c) den Titel einer Ehren-Hauptstadt für Rom; d) Verlegung einer italienischen Garnison nach Rom.

Der römische „Gaz.“-Correspondent, dessen Nachrichten nicht aufhören oft wörtlich mit denen des Correspond. der erst später hier eintreffenden „Kreuzztg.“ übereinzustimmen, macht in einem ausführlichen Schreiben aus höherer Quelle geschöpfte Enthüllungen über die Genesis der Begezzi'schen Mission, wonach dieselbe die Folge der unmittelbaren Initiative des H. Vaters ist, ihren Ursprung von dessen Aufenthalt in Castel Gandolfo datirt und sich nur durch die mittlerweile eingetretene Convention-Affaire und Publication des Syllabus, zu der der Papst nur ungenügend bestimmen lassen, so lange verzögert. Pius IX. will bei seinem Tode keinen Bischofssitz verwaist, die Kirche in Italien nicht unsicher gelassen.

Die Nachrichten aus Madrid lauten trübe. Der Widerstand gegen den neuen Alcalde Corregidor dauert fort. Alle Alcalde Tenientes haben ihre Entlassung genommen. Für das Nationalfest am 2. Mai will Niemand das Präsidium übernehmen. Wegen regnerischer Witterung wurde ein Stiergefecht verlagert, die Regierung ist noch immer entschlossen, Polizeiwachen hinzuschicken. Auch aus Barcelona lauten die Nachrichten übel. Von Cadix und Ferrol werden in größter Eile Schiffe entsendet, um Truppen in Domingo aufzunehmen, welches bis Mitte Juni geräumt werden soll.

Spanische Blätter melden, der neue portugiesische Minister-Präsident, Marquis de S. da Bandeira, habe den Cortes die Absicht angezeigt, „angesichts der in Europa möglichen Eventualitäten Lissabon sowohl von der Land-, als von der See-Seite aus zu befestigen“.

Beim Abschluß des Schiedsvertrages wurde zwischen Belgien und Preußen die Vereinbarung getroffen, daß ersteres unmittelbar nach Ratification des franco-preussischen Vertrages aller Vortheile des letzteren solle theilhaftig werden. Preußen hat indessen neuerdings der belgischen Regierung einige nicht besonders erhebliche Tarifänderungen aberlangt, welche man von Brüssel aus ohne große Schwierigkeiten gewähren dürfte.

Unter der Ueberschrift „Nachträge zur polnischen Revolution bringt das neueste Heft (Nr. 4) der „Berliner Revue“ einen langen augenscheinlich aus wohlunterrichteter Quelle stammenden Aufsatz, der aus Anlaß der unlängst in Warschau erfolgten Verhaftungen eine Reihe von interessanten Personalnotizen nebst Briefschaften mittheilt. Das Ganze gewährt einen deutlichen Einblick in das Treiben der polnischen Nationalregierung und legt dar, mit welcher unglücklichen Leichtfertigkeit eine Handvoll junger unrufer Leute den Aufstand schürte und die Nationalsteuern, die sie von ihren Landsleuten beizutreiben wußten, schamlos vergeudeten. Unter den abgedruckten Briefen befindet sich auch einer von Alexander Guttry, in welchem er einen Agenten tüchtig heruntermacht, der neue Geldmittel haben wollte, nachdem er die früheren durchgebracht hatte.

Die canadische Deputation, die wegen der Conföderationsfrage der britischen Colonien Nordamerikas nach dem Mutterlande abgeordnet war, ist in London eingetroffen.

Der in Lima abgehaltene Congreß, an welchem acht Republiken theilgenommen und einen Defensiv-Vertrag abgeschlossen haben, ist am 13. März beendet worden.

Krafer, 4. Mai.

Die „Köln. Ztg.“ bringt nachstehendes Verzeichniß der im Monate April 1865 bei den k. k. Kriegsgerichten rechtskräftig abgeurtheilten Personen.

Beim k. k. Kriegsgerichte zu Krafer.

Wegen Verbrechen des Hochverrathes, §. 58. C. St. G. B. 1. Witold Lesicki, falsch Ludwig Rozanski, Gutsbesitzer aus Mariampol im Augustower Gouvernement, 29 J. alt, zu 6jähr. schweren Kerker. — 2. Valerian Korytko, Diurnist zu Krafer, 41 J. alt, zu 15jährigen schweren Kerker.

Wegen Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe nach §. 66 C. St. G. B.

3. Sidor Nientowski, falsch Alfred Mesward, Commis-Bopageur, aus Frankreich, nach Russisch-Polen zuständig, 27 J. alt, in Concurrenz mit der Uebertretung gegen öffentliche Anstalten und Vorkehrungen unter Anrechnung von 4 Monaten der Untersuchungshaft zu 6 Mon. Kerker.

4. Georg Sawicki, falsch Andreas Szczudlowski, ehemals Bürgermeister zu Kobiel im Königreich Polen, 26 J. alt, in Concurrenz mit der Uebertretung gegen öffentl. Anstalten und Vorkehrungen 3 Monate der Untersuchungshaft als Strafe angedr. — 5. Josef Slawkowski, Gutsbesitzer zu Tancowa, 46 J. alt, zu 4wöch. Kerker, im Gnadenw. zu 14täg. Arrest. — 6. Marcel Ritter von Zuck-Skarszewski, Gutsbesitzer zu Papiawa, 50 J. alt, zu 6wöch. Kerker, im Gnadenwege zu 3wöch. Arrest. — 7. Adolf Ritter v. Dobrzynski von Zelina, Gutsbesitzer aus Biskupie 34 J. alt, zu 4wöch. Kerker, im Gnadenw. zu 14täg. Arrest. — 8. Valerian Rogowski, Apotheker aus Wienkowitz, 34 J. alt, und — 9. Eduard Milkowski, Postmeister in Gorlice, 82 J. alt, zu einmonatl. Kerker. — 10. Alexander Myslewicz, Tischlermeister in Krafer, 40 J. alt, zu 1jähr. Kerker. — 11. Josef Frick, Väterlehrling aus Gaslaw, 21 J. alt, zu 14täg. Kerker. — 12. Wladislaus Dlugoszewski, Techniker, aus Altlande, 20 J. alt, zu 3wöch. Kerker. — 13. Alfred Scharfinski, Diurnist, aus Wisniew, 27 J. alt, gänzlich losgelassen. — 14. Peter Terlecki, Schneidergeselle in Krafer, 38 J. alt, in Concurrenz mit dem Verbrechen des Werdens aus politischen Motiven und die Uebertretung gegen die Sicherheit des Eigenthums durch Diebstahl vom Verbrechen ab inst. losgelassen wegen der Uebertretung zu 8täg. durch 2 Fasttage versch. strengen Arrest. — 15. Johann Cantius Zwadzowski, Förster zu Strzelce wielkie, 46 J. alt, zu 3wöch. Kerker. — 16. Thomas Jaskulski, Pfarrer zu Strzelce wielkie, 60 J. alt, und — 17. Rozalia Mlynarczyk, Dienstmagd zu Strzelce wielkie, 27 J. alt, ab inst. losgelassen.

Wegen Verbrechen gegen öffentliche Ruhe und Ordnung §. 279 C. St. G. B.

18. Stanislaus Wegiel, Grundwirth aus Zelfow, 40 J. alt, zu 1wöch. durch 2 Fasttage versch. Arrest. — 19. Joachim Orkisz, Grundwirth aus Zelfow, 33 J. alt, und — 20. Marianna Stawarska, Grundwirthin aus Zelfow, 34 J. alt, zu 8 t. durch 1mal. Fasten versch. Arrest. — 21. Katharina Wegiel, Grundwirthin aus Zelfow, 34 J. alt, zu 8täg. durch einen Fasttag versch. Arrest, im Gnadenwege gänzlich nachgesehen. — 22. Johann Stawarski, Grundwirthssohn, aus Zelfow, 16 J. alt, zu 4täg. Arrest, im Wege der Gnade gänzlich nachgesehen. — 23. Josef Stawarski, Grundwirthssohn, aus Zelfow, 18 J. alt, zu 14 t. Arrest.

Wegen Verbrechen gegen die öffentlichen Anstalten und Vorkehrungen §. 312 C. St. G. B.

24. Jacob Vadu, Grundwirth aus Biala, 36 J. alt, zu 6täg. Arrest. — 25. Leopold Kottler, Restaurateur zu Saybusch, zu 40 fl. Geldstrafe, eventuell zu 8täg. Arrest. — 26. Wladislaus Ritter v. Zuck-Skarszewski, Privatier zu Sasowko, 40 J. alt, im Gnadenwege zu 7tägigen Arrest.

Wegen Uebertretung der Kundmachung vom 29. Februar 1864,

durch unbefugten Waffen- und Munitionsbesitz. 27. Abraham Gelberger, Propinationspächter zu Gledkowitz, 31 J. alt, zu 5 fl. Geldstrafe. — 28. Peter Sekula, Tagelöhner, aus Barnowice, 45 J. alt, — 29. Peter Trzaczek, Dienstknecht, aus Morgan, 28 J. alt, und — 30. Johann Sekula, Grundwirth aus Bronowice, 40 J. alt, zu 4täg. Arrest. — 31. Adalbert Ruffin, Dienstknecht aus Osielec, 26 J. alt, zu 10täg. Arrest. — 32. Kasimir Topa, Grundwirth zu Gledow, 60 J. alt, zu 14täg. Arrest. — 33. Joseph Pilch, Grundwirth aus Stanislaw Dolny, 37 J. alt, und — 34. Peter Parut, Grundwirth, aus demselben Orte, 49 J. alt, zu 4täg. Arrest. — 35. Andreas Bedia, Grundwirth aus Koscielisk, 60 J. alt, zu 9täg. Arrest. — 36. Nikolaus Kudla, Dienstknecht aus Strzelce wielkie, 18 J. alt, zu 8täg. Arrest. — 37. Ignaz Fugiel, Bauerssohn, aus Bialowice, 26 J. alt, zu 6täg. Arrest. — 38. Moses Wellner, Propinationspächter zu Gledow, 37 J. alt, zu 6 fl. Geldstrafe. — 39. Laurens Marcinkiewicz, Tagelöhner aus Wietrowska, 26 J. alt, zu 6täg. Arrest. — 40. Thomas Wazielek, Grundwirth aus Bialowice, 67 J. alt, die 8täg. Untersuchungs- haft als Strafe angedr. 41. Andreas Furman, Grundwirth aus Moczyslo, 27 J. alt, ab inst. losgelassen. — 42. Johann Rysial, Grundwirth aus Przegonia, 30 J. alt, zu 4täg. Arrest. — 43. Joseph Rysial, Grundwirth, aus Przegonia 46 J. alt, zu 4täg. Arrest. — 44. Joseph Rosnina, Grundwirth aus Gorka, 40 J. alt, zu 25 fl. Geldstrafe, eventuell zu 8täg. Arrest. — 45. Nepomuk Szymanski, Gutsbes. aus Wroclawia, 32 J. alt, zu 6 fl. Geldstrafe. — 46. Franz Dziemniak, Grundwirth aus Kobylany, 24 J. alt, in Concurrenz mit dem Verbrechen der Diebstahltheilnehmung §. 185 C. St. G. B. über Anrechnung von 3 Monaten der Untersuchungshaft als Strafe noch zu 3mon. Kerker. — Johann Kuciel junior, Grundwirth aus Rutna, 30 J. alt, und 48. Johann Kuciel senior, Tagelöhner, aus demselben Orte 50 J. alt, in Concurrenz mit der Uebertretung gegen die Sicherheit des Eigenthums durch Diebstahl §. 460 C. St. G. B. 4 Wochen der Untersuchungshaft als Strafe angedr.

△ **Wien**, 28. April. [Einsparungen in dem Kriegsbudget.] Der diesjährige Bericht des Finanzkommissioners über das Kriegsbudget ist so reich an Einsparungen der Regierung, an Unrichtigkeiten, falschen Schlüssen, irthümlichen Angaben, Fehlern und Widersprüchen, daß wir den Berichterstatter nur in einzelnen Punkten folgen können, um das Falsche an dem Wahren abspiegeln zu lassen. Eine solche Partie bildet für uns das Extraordinarium des Kriegsbudgets, nachdem der Berichterstatter auf dem Wege seiner Vergleiche zu dem Schluß gelangt ist, daß das Extraordinarium mit der Elasticität seiner Grenzen, wie der gelehrte Referent Dr. Giskra glauben machen will, gegen das Ordinarium vielfach nur als Gelegenheit benützt erscheine, um mittels Theilung der Posten die Auffälligkeit einzelner Forderungen abzuwachen. Es ist dies eine jener Anschuldigungen, die dem Referenten so geläufig sind und die für liberal in gewissen Kreisen gelten, wenn sie nur die Regierung zum Vorwurfe haben. Zur Abwehr solcher Liberalitäten glauben wir uns aber doch nicht verlassen zu können, der Wahrheit die Ehre zu geben. Der Referent stützt seinen Vorwurf darauf, daß die Regieauslagen bei den Verpflegsmagazinen die Auslagen für Neubauten, für Ergänzungs- und Urlaubstransporte, endlich die Mehrkosten für Transporte im Ordinarium der Reihe nach um 10,000, 220,500, 400 und 85,000 vermindert, dagegen im Extraordinarium in derselben Reihenfolge um 80,000, 752,353, 91,000 und 60,000 vermehrt erscheinen. Darnach verläßt wohl jede Herabsetzung im Ordinarium ihren Werth, wenn sie durch eine bei denselben Posten ohne zureichenden Grund im Extraordinarium vorgenommene Erhöhung neutralisirt würde. Betrachtet man aber die obigen Ziffern näher und zwar die bedeutendsten von ihnen, nämlich jene, die sich auf die Neubauten beziehen, so begegnen wir abermals einem groben unverzeihlichen Irrthume des Referenten. Aus der Vergleichung der Voranschläge 1864 und 1865 geht hervor, daß die Befestigung der Festungsbauten neuer sowohl im Ordinarium als im Extraordinarium vermindert, dagegen jene der anderen Bauten in beiden Gruppen erhöht wurde. Und da beide Erfordernisse stets getrennt behandelt wurden und auch so behandelt werden müssen, so kann der Handlungsweise der Regierung keine Täuschung zu Grunde liegen. Was die Differenzen bei dem Transporten-Aufwande betrifft, ist das Gesamterforderniß bei diesem Posten heuer um 25,000 fl. geringer. Der relative Mehraufwand im Extraordinarium erklärt sich aber dadurch, daß der Stand der Truppen hier erhöht worden ist, während er im Ordinarium in viel höherem Maße vermindert worden ist. Wozu nun, fragen wir, hätte die Regierung es hier nöthig gehabt, die „elastischen“ Grenzen des Extraordinariums zur Abwägung der Auffälligkeit der Forderung zu benutzen, da sie im Ganzen weniger benützt, als im Vorjahre? Endlich ist aber noch zu bemerken, daß die außerordentlichen Verhältnisse in Italien vielfache Truppenmärsche und Dislocations-Veränderungen nöthig machen, welche unter normalen Umständen entbehrlich wären. Diese beiden letztgenannten Ursachen, namentlich aber die Veränderungen des Truppenstandes sind es auch, welche die Verschiedenheiten in den Erfordernissen für die Urlaubstransporte und Ergänzungs- sowie für die Verpflegsmagazine hervorbringen. In letzterer Beziehung wirkt übrigens die nur durch die Aufstellung der Armee in Italien und Dalmatien nöthig gemachte Unterhaltung von großen Festungs-, Appositions- und Kriegsvorräth-Vorräthen, namentlich bei der großen Vermehrung der Kosten mit, und es ist daher wohl keinem Zweifel unterworfen, daß die bezüglichlichen Auslagen zu den außerordentlichen gezählt werden müssen. Und dies sind nun die Verhältnisse, auf welche die Behauptung über die Benützung der elastischen Grenzen des Extraordinariums sich gründen will. Daß hier aber eine Täuschung von Seiten der Regierung nicht vorliegen kann, dürfte nun wohl nicht nur dem gelehrten Referenten, sondern auch jedem minder gelehrten Leser klar sein.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Der zweistündigen gehaltenen, von einem Theile des Parlaments aber sehr kühl aufgenommenen Rede des Freiherrn v. Hod über den österreichisch-zollvereinslichen Handelsvertrag entnehmen wir folgendes: Freiherr v. Hod begann mit einer Geschichte des Vertrages. Allen sei der Eindruck bekannt, den der Abschluß des französisch-preussischen Handelsvertrages auf die Handelswelt machte. Frankreich, das früher den Schutz Zoll so protegirte, war plötzlich dieses System über den Haufen und setzte das Maximum mit 30 pCt. vom Werthe der Waare fest. Ja es ging noch weiter, indem es in dem mit England abgeschlossenen Vertrage auf 10 pCt. vom Werthe der Waare herabging. England hob zugleich alle Zölle von Manufacturen auf. Dem englisch-französischen Vertrage folgten noch andere. Holland, Belgien, Schweiz, Zollverein schlossen mit Frankreich ähnliche Verträge ab. Dadurch bildeten sich rings um die österreichische Grenze Zollzustände, welche dem Freihandel gleich kommen. Oesterreich und Rußland seien die einzigen Staaten, wo noch Hochschutzzollsystem herrsche. Oesterreich könne sich auch nicht länger der Nothwendigkeit verschließen, mit dem Schutz Zollsystem zu brechen. Wir können uns nicht hermetisch verschließen. Wir haben Völkerschaften, welche ihre Brüder außerhalb Oesterreich haben, und können ihnen den Verkehr mit ihren Brüdern nicht durch Zollschranken erschweren. Wir sind auf die Sympathien des Westens angewiesen und können diese nicht durch Zollschranken von uns fern halten. Unsere Grenze ist den Wirkungen des Freihandelsystems ausgeliefert; wenn wir an dem Schutz Zoll festhalten, bildet sich ein

Schuttsystem aus, dem schwer zu steuern. An der italienischen Grenze, wo der Freihandel bereits in Kraft ist, blühe auch der Schmuggel, und dreißig Mann Finanzwache pr. Meile können dem nicht steuern. Eben solche Verhältnisse würden sich an allen Grenzen ausbilden. Er weise auf Rußland hin, wo trotz der sorgfältigsten Ueberwachung der Grenze der Schmuggel wüthete. Der Vertrag, welchen Frankreich mit Preußen schloß, war für uns wichtig, weil wir zur Zollreform gedrängt wurden und weil er ein Hinderniß zu unserer Einigung mit dem Zollverein war. Die Regierung habe eine Aenderung des Vertrages angestrebt; es folgten lange Unterhandlungen, ein langer Kampf, wir boten zum Preis sogar unsern Eintritt in den Zollverein, trotz der finanziellen und handelspolitischen Opfer, welche wir uns damit verbunden waren. Wir durften uns keine Illusionen darüber machen, daß selbst im Falle des Gelingens eine Reform des Zolltarifs nothwendig würde. Die Regierung hat daher diese Reform angestrebt. Die Regierung sei bei dieser Arbeit bestrebt gewesen, den bestehenden Verhältnissen gerecht zu werden und hat deshalb die sorgfältigsten Erhebungen gepflogen. Das Resultat war der Tarifs-entwurf vom 14. November 1863. Dieser wurde den Handelskammern zc. zur Begutachtung vorgelegt; mehrere dieser Gutachten, namentlich der Wiener Handelskammer, waren von besonderem Werthe. Der Tarif wurde sodann einer Revision unterzogen. Die Bemühungen zum Eintritt mit dem Zollverein blieben fruchtlos. Sobald dies feststand, mußte die Regierung neue Gesichtspunkte finden. Die Tarifsreform war unvermeidlich. Sollen wir diese Revision nicht dazu benutzen, um Vortheile für uns zu erobern? Wir bedürfen des Zollcartells, um die Reform nicht so weit führen zu müssen, daß unsere Industrie, welche durch den Schutz Zoll groß geworden, nicht darunter leide. Wenn wir nicht Größeres erreichen konnten, so war doch das Ziel ein großes. Dies waren die Motive der Regierung zu den gegenseitigen Unterhandlungen in Prag und Berlin. In Prag verhandelten wir mit Preußen, allein es waren Vorverhandlungen; zu einem definitiven Resultat konnten sie nicht führen. In Berlin war Preußen, Bayern und Sachsen von den übrigen Zollvereinsstaaten zur Einigung ermächtigt; es konnte daher ein definitives Resultat erzielt werden. Oesterreich war berechtigt, bei jeder Anforderung, welche man ihm stellte, zu fragen, ob sie seine Interessen nicht benachtheilige und war daher im Stande, manche abzuweisen. Wenn die Verhandlungen lange Monate dauerten, so tragen nicht Streitigkeiten der Negation Schuld, sondern die Verschiedenheit der Tarife und die Verschiedenheit der Ansichten über den Werth unserer Concessionen. Ein anderes wesentliches Hinderniß war, daß manche Zollsätze des neuen Tarifsentwurfs höher sind, als der Zollverein früher zahlte. Dagegen remonstrirten die Staaten des Zollvereins. Sie waren auch nicht geneigt, Oesterreich Zollbegünstigungen zuzugestehen, bei welchen der österreichische Vertreter beharrte. Der Zollverein erinnerte sich an Zustände vor 1854 und wies auf die Demoralisation der Zollorgane und der Grenzbevölkerung hin. Der Vertreter erwiderte, daß von einem Hochschutzzollsystem in Oesterreich keine Rede sein könne, wies auf den Tarifsentwurf hin, welcher nur mäßige Schutz Zölle kenne. Er konnte nicht verneinen, daß das Zollcartell eine gewisse Bedeutung für Oesterreich habe, aber auch für den Zollverein ist es nicht ohne Werth. Die Bevollmächtigten gewannen die Ueberzeugung, daß Oesterreich und Deutschland sich nicht feindlich gegenüberstehen und die nachbarlichen Beziehungen, welche sich seit zwölf Jahren herausbildeten, nicht zerrissen werden können. So kam der Vertrag vom 11. April zu Stande. Auf den Inhalt des Vertrages übergehend, bemerkt Redner, derselbe halte die eventuelle Zollvereinigung fest und weist zu diesem Behufe auf den Art. 25 hin. Er wolle nicht sagen, daß diese Versprechen von großem Werthe sind, aber dessenungeachtet sind diese Stellen im Vertrage nicht werthlos. Es wird in denselben das Princip der Zusammengehörigkeit Deutschlands und Oesterreichs ausgedrückt. Durch den Vertrag behalten viele Producte Oesterreichs die Zollbegünstigungen, welche sie früher hatten, z. B. Bodenproducte gehen frei aus und ein. Da aber unser Export in dieser Sache die Einfuhr weit übersteigt, so hat diese Bestimmung wohl für uns den größeren Werth. Redner zeigt dies noch an mehreren Beispielen, berechnet nach dem Zollwerthe, daß der Zollverein bei Abschluß des Vertrages ein Opfer von 1,500,000 fl. brachte, während das Opfer Oesterreichs 800,000 fl. betrage, und geht dann auf eine Detailtaillierung der einzelnen Bestimmungen des Vertrages über. Er stellt Vergleiche zwischen dem Februarvertrage und dem Carrell vom 11. April 1865 an. Er weist beispielsweise auf den Verkehr mit rothen Sandgepinnsten hin, vom welchen 4000 Ctr. herein und 4500 Ctr. hinausgeführt, überdies gehen mehr als 20,000 Ctr. rothe Leinwand hinaus. Davon lebt eine bedeutende Anzahl Weber im Norden Böhmens und im Mühlviertel. Diesem Theile des Verkehrs bietet der Vertrag große Begünstigungen und Vortheile. — Eine weitere Bestimmung betreffe die Nachahmung von Stempelpostmarken, des amtlichen Verschlußes zc., welche jetzt so betrachtet werden sollen, als seien diese Fälschungen gegen den Zollverein begangen, und es sei gegründete Hoffnung vorhanden, daß alle Zollvereinsstaaten dem beitreten werden. Redner will die lange Reihe von Begünstigungen nicht weiter fortsetzen, betont, es seien noch weitere theils zugesagt, theils in Aussicht gestellt und sagt, der Vertrag mit dem Zollverein sei so vorthellhaft als überhaupt ein Handelsvertrag sein kann. Die Ziele, welche man sich bei Eröffnung der Verhandlung steckte, seien erreicht.

Die Ratification des Vertrages sei von Seiner Majestät dem Kaiser von der Zustimmung des Reichsrathes abhängig gemacht, und er zweifle keinen Augenblick, dieselbe zu erhalten. Das Haus wolle das Gleichgewicht im Staatshaushalt, es könne also nicht zugeben, daß die Zolleinnahme stetig abnehme und dabei die Industrie zu Grunde gehe. Das Haus habe wiederholt auf die Nothwendigkeit von Handelsverträgen hingewiesen, es könne daher nicht an dem bisherigen Zollsystem festhalten, welches dem betreffenden Staat nur unangenehm ist. Redner weist auch auf die Vortheile hin, welche der Vertrag den Bodenerzeugnissen Ungarns gewähre, und sagt, diese würden nie in eine Verarmung eintreten, welche ihren Interessen entgegensteht; schon deshalb glaube er, das Haus werde die Zollreform so rasch als möglich durchführen. — Redner betont die Nothwendigkeit, daß der Vertrag auch rechtzeitig (bis 23. Mai) angenommen werde, wenn auch, wie er gesteht, die Zeit zur Verathung und Beschlußfassung dem Hause sehr kurz zugemessen sei. Er weist auf die Nachteile hin, welche aus der Nichtannahme sowohl für einzelne Industriezweige, als auch für den Staat durch Anfall in den Zolleinnahmen erwachsen würden und betont namentlich, daß, da der Vertrag nur im Ganzen angenommen oder verworfen werden könne, eben nur zu erwägen sei, ob er solche Vortheile biete, daß er annehmbar sei. Niemand werde das Haus der Ueberzeugung zeihen können.

Der Finanzausschuß für 1865 hielt vorgestern eine Sitzung. Der Obmann Hr. v. Pratobevera eröffnete dieselbe mit der Mittheilung, daß der Finanzminister die Vorlage, betreffend die Veräußerung einiger Staatsdomänen und Montan-Entitäten, zurückziehen und eine andere an deren Stelle einbringen werde. Der Ausschuß beschloß, da von der Absicht, die in der jetzigen Vorlage bezeichneten Staatsdomänen und Montanobjecte zum Verkauf zu bringen, auch in der zu erwartenden Vorlage nicht abgegangen werde, in der Verhandlung über die Feststellung der zu veräußernden Objecte fortzuschreiten. Abgeordneter Steffens referirte über eine gegen den Verkauf des Bergwerkes Idria gerichtete Petition der Gemeindepresidenten der Bergstadt Idria, und beantragte: Der Ausschuß möge sich gegen den Verkauf des Bergwerkes Idria aussprechen. Der Ausschuß entschied sich nach längerer Debatte, in welcher sich die Abgeordneten Wurzbach, Brinz und Deutsch gegen, die Abgeordneten Baron Eichhoff, Baron Ingram, Herbst und Sene für den Verkauf aussprachen, gegen diesen Antrag. Der Ausschuß hat sich demnach, da der Verkauf der übrigen von der Regierung vorgeschlagenen Objecte keinen Widerspruch fand, für die völlige Aufnahme der Regierungsvorlage entschieden.

Die Agitation in Dalmatien gegen die Beschuldigungen, welche der Herr Staatsminister wider die Franciskaner in Sign und einen Theil der dalmatinischen Bevölkerung erhoben hat, wird fleißig geschürt. Wir finden in der neuesten Nummer des in Zara erscheinenden „Il Nazionale“ abermals einen Beitrag in dieser Beziehung. Es ist dies der Text einer Petition, welche von den angesehensten Bürgern von Sign unterzeichnet, an das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes eingeschickt werden soll. Darin werden die Franciskaner von Sign gegen die oben erwähnten Anschuldigungen in Schutz genommen, ihr patriotisches und opferwilliges Wirken im Kreise der Bevölkerung hervorgehoben und schließlich die Hoffnung ausgesprochen, daß den Franciskanern zur Erhaltung ihres Gymnasiums eine entsprechende Subvention aus Reichsmitteln gewährt werden wird.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 3. Mai. Se. Majestät der Kaiser besuchte gestern um halb zwölf Uhr Ihre k. Hoheit die Kronprinzessin Isabella von Brasilien im Palais Koburg. Auch haben Ihre k. H. die Erzherzoge Albrecht, Rainer, Leopold und Ludwig Victor, dann der Herr Großherzog von Toscana und Prinz von Neapel dem hohen Gaste Besuche abgestattet.

Von dem Preshburger Wettrennen schreibt man dem „Pesti Naplo“: Nicht von dem Wettrennen will ich Ihnen berichten, sondern von was ganz Anderem, was bei dieser Gelegenheit die Herzen der hiesigen Bevölkerung mit Freuden erfüllt und sicherlich auf jeden Ungar herzerhebend wirken wird. Se. Majestät war zu dem Wettrennen in Begleitung Sr. k. Hoheit des Erzherzogs Wilhelm erschienen. Se. Majestät erschien unter uns, bloß von einigen Stabsofficiern begleitet, wie ein Fürst, der unter seinem Volke seine beste Garde weiß und der es verschmäht, sich mit einer Schaar von Wachen zu umgeben, wenn er sich unter daselbe begibt. — Mit der huldvollsten Leutlichkeit verkehrte Se. Majestät mit den zahlreich anwesenden Mitgliedern unserer Aristokratie, und bewegte sich ohne jede Begleitung hin und her unter der dicht gedrängten Menge. Es war dies nicht allein die Bevölkerung von Preshburg, welche Se. Majestät durch sein Vertrauen ausgezeichnete; nein, es war das Volk von ganz Ungarn! — Und dieses Volk wird das Vertrauen seines Monarchen nicht mißkennen! — Der Correspondent citirt hier aus dem bekannten Ostermontagsartikel des „Naplo“ jene Stelle, wo Osk ebenfalls das Vertrauen und die Hoffnung der Nation in die Person des Monarchen setzt. Se. Majestät, schließt der Correspondent, verließ unter dem Jubelrufen der Menge Preshburg, ein unvergängliches Andenken in unser Aller Herzen zurücklassend.

Morgen findet zu Ehren der Kronprinzessin von Brasilien bei Sr. Majestät dem Kaiser Hof-afel statt. Zu derselben ist auch der Herzog Ernst von Sachsen-Weimar geladen.

Sämmtliche Mitglieder der Stadterweiterungs-Commission haben im Laufe des gestrigen Tages fol-

gendes Allerhöchste Anerkennungs-schreiben durch den Verwaltungsminister Herrn v. Laffer zugestellt erhalten: „Se. k. apostolische Majestät haben mit a. h. Entschliebung vom 30. April 1865 allergnädigst anzuordnen geruht, daß den Mitgliedern der gemeinlichen Stadterweiterungs-Commission für ihr erspriessliches und eifriges Wirken bei der Stadterweiterung die a. h. Zufriedenheit ausgedrückt werde. Ich erfülle eine angenehme Pflicht, indem ich mich beehre, Euer Wohlgebornen von dieser a. h. Anerkennung hiemit in Kenntniß zu setzen.“ Laffer.

Die auf Veranlassung des Bürgermeisters auf die Stadterweiterung geprägte Medaille bringt auf der Aversseite das Bildniß Sr. Majestät des Kaisers und auf der Reversseite die Stadt Wien, über welche der Genius segnend die Hände ausbreitet, mit der Unterschrift 1857, das Datum der a. h. Entschliebung zur Stadterweiterung. Im Rande der Medaille sind die Worte eingegraben: „Zur Erinnerung an die feierliche Eröffnung der Ringstraße 1865.“ Die Stadt Wien. Dieselbe wurde Sr. Majestät dem Kaiser vom Bürgermeister, aus Gold geprägt, überreicht. Die Herren Erzherzoge und die Minister erhalten diese Medaille aus Silber geprägt. Eine gewisse Anzahl wird aus Bronze geprägt und dann wird die Stange vernichtet.

Graf Pilat ist gestern Abends verstorben. Joseph Anton Eder von Pilat, wirklicher Regierungsrath im Präsidialbureau des Ministeriums des Aeußern, war im Jahre 1779 geboren, war also einer der ältesten Beamten und zugleich einer der ältesten Journalisten Oesterreichs. Als Journalist gründete er vor dem Befreiungskriege den „Oesterreichischen Beobachter“, der im Jahre 1848 aufhörte. Pilat war 40 Jahre im Cabinete des Fürsten Metternich, und blieb auch nach den Ereignissen des Jahres 1848 im Ministerium des Aeußern thätig.

Graf Dppolzer, der bei seiner Ankunft in Nizza sogleich in den Reiskleidern zu dem so schwer erkrankten Kronprinzen von Rußland eilen mußte, fand denselben bereits in Agonie. Die letzten vier Stunden weilt Dppolzer noch an dem Krankenbette des Sterbenden. Nach 24 Stunden wurde die Section und Einbalsamirung des Verbliebenen vorgenommen. Staatsrath Pirogoff machte die Section und Graf Dppolzer, der als Vorsitzender bei derselben fungirte, dictirte den Leichenbefund in deutscher Sprache zu Papier. Bei dieser Veranlassung gebrauchten die Aerzte Zetkauer, Dppolzer, Pirogoff und Carell die Vorsicht, die Diagnose, welche sie bereits an dem Lebenden gestellt, vor der Section niederschreiben, um dadurch allen nachträglichen, ärztlichen Intriguen auszuweichen. Der Sectionsbefund constatirte vollkommen die Erkenntniß des Lebens von den vier genannten Aerzten. Außer der „meningitis cerebro-spinalis“ fand sich auch ein ganz frischer Nachschub von Gehirn- und Lungentuberkeln vor, ein neuer Beweis, daß der Aufenthalt in Nizza weder den Fortschritt, noch die Neubildung von Tuberkeln verhindert. Die wissenschaftlichen Ergebnisse der Section werden wohl die Fachblätter mittheilen. Gewiß ist nur, daß dem Leiden des Kronprinzen eine seit langer Zeit bestehende materielle Veränderung des Rückenmarkes zu Grunde lag und daß die französischen Autoritäten, die Herren Rayer und Raton, welche die Krankheit für einen Rheumatismus der Rückenmuskeln hielten, und alle Anderen, die ihnen diese Diagnose nachgebetet, sich, wie nun durch den untrüglichen Beweis der Section dargelegt ist, arg geirrt haben. Wie weit dies ging, wird am besten dadurch einleuchtend, daß man dem armen Kronprinzen noch vor wenig Wochen die Schwefelquellen von Luchon als Heilbad anempfahl! — Graf Dppolzer mußte auf Wunsch des tief ergriffenen Monarchen von Rußland die ganze kaiserliche Familie ärztlich untersuchen. Von diesen vielseitigen Consultationen dürfte zumeist interessiren, daß sich die Gerüchte, welche über den Gesundheitszustand des nunmehrigen Thronfolgers kursiren, nicht bestätigen. — Professor Dppolzer, der noch in Paris von der Tochter Meyersbeer's zc. consultirt wurde, ist wie gestern erwähnt, bereits in Wien angelangt.

Ueber den Inhalt der Geständnisse Bieringers bringen Wiener Blätter folgendes: Am 22. April vor 10 Uhr früh sei er mit dem Vorsage, einen Raub zu begehen, in das Gewölbe des Herrn Drift eingetreten, und habe die allein anwesende Frau Wilhelmine Drift um die Vorweisung einiger goldener Medaillons ersucht. Während die Frau mit dem Rücken ihm zugekehrt nach dem Schmuckkasten griff, habe er das in der Handtasche versteckt gehaltene Handbeil hervorgezogen und der Frau rasch einen Schlag damit auf das Hinterhaupt versetzt. Hierauf sei Frau Drift zwar betäubt gewesen, habe jedoch laut aufgeschrien, daher er ihr noch mehrere Stöße mit dem Handbeil auf die Stirn und rückwärts auf den Kopf beibrachte. Als sie endlich niedersank, habe er sie an den Haaren und an einer Hand gefaßt und hinter den Kasten mit den Worten hingschleudert: „Nun wirst Du wohl genug haben!“ Dann habe er das Handbeil von sich geworfen und sei sofort zum Raube geschritten. Nachdem er so viel von den Pretiosen aufgesessen hatte, als er in der Handtasche und sonst verbergen konnte, habe er eilends das Gewölbe verlassen und sei in der Richtung zur Monascheinbrücke nach Simmering geflohen. Niemand habe an dem Verbrechen Theil genommen. Bieringer glaubt, Frau Drift wirklich getödtet zu haben. In dem Befinden der Frau Drift ist in der Nacht von gestern auf heute eine so entschiedene Besserung eingetreten, daß eine Wiedergenehung derselben in baldiger Aussicht steht. Die Entzündungen haben nachgelassen, das allgemeine Befinden ist besser, das Bewußtsein aber hat sie noch immer nicht in dem Grade erlangt, daß sie den Mörder genau bezeichnen könnte.

Zum Brand in Admont werden noch folgende Details berichtet: Die Patres und Laien des Stiftes arbeiteten neun volle Stunden ohne Raht und Ruht, wodurch es wenigstens gelang, einen Theil der Bibliothek zu retten. Derzeit werden noch immer neun Marktbewohner vermist. Der Schaden des Stiftes beträgt eine halbe Million, die Versicherungssumme 95,000 fl., wovon 42,000 fl. auf die Kirche entfallen. Im ganzen Stifte ist keine einzige

Erkenntnis.

Das k. k. Landes-Gericht in Krakau hat kraft der ihm von Sr. k. k. Apost. Majestät verliehenen Amtsgewalt den Beschlus gefaßt:

Der Inhalt des in Nr. 48 vom 22. April 1865 unter der Redaction des Th. Opitz in Zürich erscheinenden Zeitschrift „Der weisse Adler“ vorkommenden Artikels, Pest 17, April, auf Seite 192 dieser Zeitschrift begründete den Thatbestand des im § 65 St. G. B. bezeichneten Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe und ebenso begründete der Inhalt des in derselben Zeitschrift auf Seite 191 vorkommenden Artikels „Wien, 18. April“ den Thatbestand des im § 300 St. G. B. bezeichneten Vergehens der Aufwiegelung, es werde demnach die Beischlagnahme dieser Nr. 48 der Zeitschrift „Der weisse Adler“ bestätigt, die weitere Verbreitung derselben verboten und die vorhandenen Exemplare derselben zu vernichten.

Vom k. k. Landesgerichte in Straßfassen.

Krakau, 2. Mai 1865.

Dargun, m. p.

Kundmachung. (422. 3)

Bei der am 29. April 1865 erfolgten 14. Verlosung der Schuldverschreibungen des Grundentlastungs-Fonds für das Großherzogthum Krakau wurden zur Rückzahlung gezogen:

Schuldverschreibungen mit Coupons: über 50 fl.

Nr. 6 und 35.

über 100 fl.

Nr. 6, 128, 309, 437, 439, 444, 669, 710, 719 und 961;

über 500 fl.

Nr. 194;

über 1000 fl.

Nr. 98, 141, 379, 461, 639, 849 und 929.

Schuldverschreibungen lit. A.:

Nr. 75 über 1050 fl., Nr. 77 über 2020 fl. und Nr. 164 über 59000 fl. mit dem Theilbetrage von 7330 fl. Vorstehende Schuldverschreibungen werden mit den verlosenen Kapitalbeträgen nach sechs Monaten vom Verlosungstage an gerechnet, bei der k. k. Grundentlastungs-Fonds-Casse in Krakau unter Beobachtung der diesfalls bestehenden Vorschriften ausbezahlt, welche Casse zugleich über den unverlosten Theil der Schuldverschreibung Nr. 164 lit. A. über 59000 fl. eine neue Schuldverschreibung lit. A. über den Betrag von 51670 fl. ausstellen wird.

Innerhalb der letzten drei Monate vor dem Einlösungzeitpunkte werden die verlosenen Schuldverschreibungen auch von der priv. österr. Nationalbank in Wien escomptirt werden. Ferner werden in Folge Erlasses des k. k. Ministeriums des Inneren vom 15. Juni 1858 Z. 13096 die bereits verlosenen, und seit dem Rückzahlungstermine nicht eingelösten Schuldverschreibungen, und zwar:

- A) die am 30. October 1858 verlosene Schuldverschreibung mit Coupons über 100 fl. Nr. 602.
- B) die am 30. April 1863 verlosene Schuldverschreibung mit Coupons über 100 fl. Nr. 408;
- C) die am 31. October 1863 verlosene Schuldverschreibung mit Coupons über 1000 fl. Nr. 626 und
- D) die am 30. April 1864 verlosene Schuldverschreibung mit Coupons über 100 fl. Nr. 286

neuerdings mit der Verwarnung kundgemacht, daß die Verzinsung dieser Schuldverschreibungen mit dem Rückzahlungstermine, das ist nach sechs Monaten vom Verlosungstage an gerechnet, aufgehört hat, und daß falls dennoch die Coupons von diesen Schuldverschreibungen von Seite der priv. österr. Nationalbank in Wien eingelöst werden sollten, die diesfälligen Beträge vom Kapitalbetrage bei Auszahlung desselben eingebracht werden.

Endlich wird bekanntgegeben, daß in den Creditsbüchern der k. k. Grundentlastungs-Fondscasse bei der Schuldverschreibung Nr. 212 über 100 fl. die Vormerkung haftet, daß dieselbe dem Eigenthümer abhanden gekommen ist.

Von der k. k. Grundentlastungs-Fonds-Direction.

Krakau, 29. April 1865.

Kundmachung. (423. 3)

Bei der am 29. April 1865 erfolgten 14. Verlosung der Schuldverschreibungen des Grundentlastungs-Fonds für Westgalizien wurden zur Rückzahlung gezogen, und zwar:

Schuldverschreibungen mit Coupons:

über 50 fl.

Nr. 206, 236, 450, 587, 1059, 1193, 1424, 1870, 1875, 1891, 2000, 2130, 2387, 2503, 2864, 3037, 3277, 3432, 3656, 3840, 4052, 4107, 4199, 4278, 4283.

über 100 fl.

Nr. 55, 276, 340, 511, 575, 641, 728, 846, 1021, 1028, 1332, 1445, 1468, 1539, 1810, 1821, 1845, 1901, 1903, 2092, 2213, 2432, 2738, 2864, 2960, 3050, 3589, 3594, 3635, 3716, 3749, 3886, 3960, 3997, 4194, 4237, 4449, 4850, 4953, 5543, 5626, 5692, 6083, 6352, 6501, 6816, 6983, 7165, 7365, 7501, 7600, 7650, 7754, 7791, 7813, 7944, 7998, 8023, 8037, 8233, 8234, 8410, 8638, 8650, 8702, 8822, 8859, 8965, 9061, 9389, 9399, 9780, 9803, 10146, 10412, 10480, 10523, 10578, 10625, 10688, 10693, 10808, 11005, 11043, 11112, 11208, 11592, 11678, 11929, 11965, 11968, 12042, 12086, 12117, 12156, 12237, 12283, 12490, 12498, 12622, 12785, 12827, 12859, 12870, 12976, 13040, 13278, 13306, 13402, 13544, 13604, 13650, 13765, 13798, 14013, 14068, 14268, 14465, 14583, 14769, 14886, 14972, 15010, 15187, 15335, 15654, 15761, 16208, 16436,

16518, 16589, 17056, 17115, 17461, 17601, 17633, 17651, 17702, 17716, 17811 und 17854;

über 500 fl.

Nr. 85, 110, 149, 159, 200, 204, 253, 308, 433, 569, 827, 871, 884, 897, 904, 1135, 1476, 1573, 1794, 2140, 2432, 2632, 2659, 2670, 2805, 2955, 2958, 3025, 3040, 3293, 3365, 3571, 3576, 4016, 4103 und 4156;

über 1000 fl.

Nr. 310, 311, 513, 523, 526, 730, 806, 953, 1179, 1597, 1609, 1711, 1879, 1915, 2156, 2300, 2338, 2576, 2604, 2762, 2801, 3335, 3415, 3454, 3469, 3775, 3864, 3886, 3903, 4089, 4616, 4640, 4903, 5021, 5027, 5029, 5030, 5203, 5378, 5444, 5595, 5799, 6058, 6148, 6733, 6880, 6959, 6964, 7147, 7353, 7405, 7526, 7685, 7701, 7718, 8104, 8325, 8363, 8416, 8427, 8525, 8566, 8909, 8941, 9166, 9173, 9182, 9204, 9358, 9403, 9444, 9475, 9573, 9585, 9635, 9908, 10009, 10529, 10882, 10936 und 11030;

über 5000 fl.

Nr. 119, 367, 463, 678 und 1088;

über 10000 fl.

Nr. 323 und 578.

Schuldverschreibungen lit. A.

Nr. 480 über 1400 fl., Nr. 599 über 2550 fl. mit dem Theilbetrage von 1500 fl., Nr. 844 über 4350 fl., Nr. 1605 über 300 fl., Nr. 2142 über 1750 fl., Nr. 2196 über 50 fl., Nr. 2625 über 350 fl., Nr. 2749 über 150 fl., Nr. 3323 über 700 fl. und Nr. 3380 über 100 fl.

Vorstehende Schuldverschreibungen werden mit den verlosenen Capitalbeträgen nach sechs Monaten vom Verlosungstage an gerechnet, bei der k. k. Grundentlastungs-Fonds-Casse in Krakau unter Beobachtung der diesfalls bestehenden Vorschriften ausbezahlt werden, welche Casse zugleich über den unverlosten Theil der Schuldverschreibung lit. A. über 2550 fl. eine neue Schuldverschreibung lit. A. über 1050 fl. ausstellen wird.

Innerhalb der letzten drei Monate vor dem Einlösungzeitpunkte werden die verlosenen Schuldverschreibungen auch von der priv. österr. Nationalbank in Wien escomptirt.

Ferner werden in Folge Erlasses des k. k. Ministeriums des Inneren vom 15. Juni 1858 Z. 13096 die bereits verlosenen und seit dem Rückzahlungstermine noch nicht eingelösten Schuldverschreibungen, und zwar:

- A) die vom 30. October 1858 verlosene Schuldverschreibung mit Coupons: über 100 fl. Nr. 2201; über 1000 fl. Nr. 5059;
- B) die am 31. October 1859 verlosene Schuldverschreibung mit Coupons über 50 fl. Nr. 1501;
- C) die am 30. April 1860 verlosene Schuldverschreibung mit Coupons über 50 fl. Nr. 2520, über 5000 fl. Nr. 1792;
- D) die am 30. April 1861 verlosene Schuldverschreibung mit Coupons über 50 fl. Nr. 3036, über 100 fl. Nr. 11117;
- E) die am 31. October 1861 verlosene Schuldverschreibung mit Coupons über 50 fl. Nr. 676, über 100 fl. Nr. 9400, über 1000 fl. Nr. 1649;
- F) die am 30. April 1862 verlosene Schuldverschreibung mit Coupons über 100 fl. Nr. 2599, 4433 und 5037;
- G) die am 31. October 1862 verlosene Schuldverschreibung mit Coupons über 100 fl. Nr. 7947 und 10961;
- H) die am 30. April 1863 verlosene Schuldverschreibung mit Coupons über 50 fl. Nr. 3143 und 3900, über 100 fl. Nr. 1279 und 2786, über 500 fl. Nr. 74;
- I) die am 31. October 1863 verlosene Schuldverschreibung mit Coupons über 50 fl. Nr. 692, 1084, 1427, 2485 und 2642, über 100 fl. Nr. 1997, 5861, 6542, 6841, 7171, 7448, 7513, 8136, 8407, 8978, 12856, 13017, 13132, 13777, 14665 und 16203, über 500 fl. Nr. 254, 1131, 1504, 1624, 2511 und 2755, über 1000 fl. Nr. 138, 2652, 3322, 5348, 5504, 6754, 8263 und 10091;
- K) die am 30. April 1864 verlosene Schuldverschreibung mit Coupons über 50 fl. Nr. 1794 und 2201, über 100 fl. Nr. 2243, 2506, 2510, 3779, 4588, 6172, 6424, 6459, 6621, 7464, 7832, 8992, 12043, 12544 und 13443, über 500 fl. Nr. 126, 157, 485, 526, 1007, 1703, 2121, 3045 und 3906, über 1000 fl. Nr. 1429, 2334, 2358, 6616 und 8328, über 5000 fl. Nr. 266.

Schuldverschreibungen lit. A.

Nr. 2380 über 70 fl., Nr. 2650 über 60 fl. und Nr. 2800 über 90 fl.

Neuerdings mit der Verwarnung kundgemacht, daß die Verzinsung dieser Schuldverschreibungen mit dem Rückzahlungstermine, das ist nach sechs Monaten vom Verlosungstage an gerechnet, aufgehört hat, und daß falls dennoch die Coupons von diesen Schuldverschreibungen von Seite der priv. österr. Nationalbank in Wien eingelöst werden sollten, die diesfälligen Beträge vom Kapitalbetrage bei Auszahlung desselben eingebracht werden.

lungstermine, d. i. nach sechs Monaten vom Verlosungstage an gerechnet aufgehört hat, und daß falls dennoch die Coupons von diesen Schuldverschreibungen von Seite der priv. österr. Nationalbank in Wien eingelöst werden sollten, die diesfälligen Beträge vom Capitalbetrage bei Auszahlung desselben eingebracht werden.

Endlich wird kundgemacht, daß in den Creditsbüchern der k. k. Grundentlastungs-Fonds-Casse folgende Vormerkungen haften, als:

1. Der von den Eigenthümern angezeigte Verlust der Schuldverschreibungen mit Coupons: über 100 fl. Nr. 2494, 6982 und 7918, über 500 fl. Nr. 87 und 1055.
 2. Die Einleitung der Amortisirung der Schuldverschreibungen mit Coupons: über 100 fl. Nr. 3981, 5660, 8149, 9162, 10691, 12545, 12546, 13908, 13909, 13910, 13911, 14563, 15475, 15476 und 17508; über 500 fl. Nr. 12, 1562, 3237 und 3483; über 1000 fl. Nr. 4696.
- Schuldverschreibungen lit. A.
- Nr. 2473 über 90 fl. und Nr. 3038 über 270 fl.
3. Die bereits bewilligte Amortisirung der Schuldverschreibungen mit Coupons: über 50 fl. Nr. 1406, 1627, und 2958; über 100 fl. Nr. 196, 575, 805, 927, 1080, 1081, 1656, 3785, 6565, 7676, 8540, 8541, 9532, 9917, 9918, 10979, 11208, 11209, 11210, 11370, 11435, 11577, 13790 und 15556; über 500 fl. Nr. 1156, 1734, 2182 und 3742.
- Schuldverschreibung lit. A.
- Nr. 237 über 350 fl.
- Von der k. k. Grundentlastungs-Fonds-Direction.
- Krakau, am 29. April 1865.

Edict. (420. 2-3)

Vom Krakauer k. k. Landesgerichte wird bekannt gegeben, es werde zur Herbeibringung der von E. Kraus erlegten Summe pr. 200 Pfund Sterling f. N. G. die executiv Feilbietung der dem Schuldner Jakob Hentsch gehörigen, am 16. März 1865 gepfändeten und abgepfändeten Fahrnisse bewilligt, zu deren Vornahme zwei Termine, und zwar auf den 15. und 29. Mai 1865 um 9 Uhr Vormittags mit dem festgesetzt werden, daß diese Fahrnisse bei dem ersten Termine nur um, oder über den als Ausrufpreis dienenden Schätzungswert, bei dem zweiten Termine aber auch unter dem Schätzungswert gegen gleich baare Bezahlung hintangegeben werden.

Hiezu werden die Kaufstüben mit dem Beisatz eingeladen, daß diese Licitation durch den k. k. Notar Skowronski in Zawoja, Bezirk Maków vorgenommen werden wird.

Krakau, 24. April 1865.

E d y k t. (425. 1-3)

Ze strony c. k. Sądu powiatowego w Łańcutcie zawiadamia się, iż celem uzyskania należnej Eizykowi Amutowi kwoty wekslowej w 252 złr. w. a. z przyn. realność gruntowa Stanisława Szmuka pod nr. k. 14 a rep. 109, w Wysoce położona, w akcie oszacowania na 1300 złr. w. a. otaksowana, na dniu 26 maja 1865 i na dniu 23 czerwca 1865, każdą razą o godzinie 9 przed południem, w tutejszym c. k. Sądzie powiatowym pod następnymi warunkami w drodze egzekucji publicznie licytowana będzie:

1. Za cenę wywołania tej realności stanowi się wartość onejże, szacunkowa suma 1300 złr. w. a., niżęj której to gospodarstwo przy pierwszych dwóch terminach sprzedanem nie będzie.
2. Każdy chęć kupienia mający winien jest przed rozpoczęciem licytacji do rąk komisji licytacyjnej kwotę 130 złr. w. a. w gotówce jako wadium złożyć, które najwięcej ofiarującemu w cenę kupna wliczone, innym licytantom zaś zaraz po skończonej licytacji zwrócone zostanie.
3. Najwięcej ofiarujący obowiązany jest w 30 dniach po prawomocnym przyjęciu aktu licytacyjnego do wiadomości sądowej całą cenę kupna, w którą wadium wliczone będzie, do depozytu sądowego złożyć.
4. Zaraz po dopełnieniu warunku 3go kupicelowi dekret własności tego gospodarstwa wręczony i kupione to gospodarstwo w fizyczne posiadanie oddane będzie. — Z dniem objęcia posiadania, kupiciel też przyjmuje na siebie obowiązek opłacenia wszelkich podatków i danin eraryalnych i publicznych z posiadaniem gospodarstwa tego połączonych.
5. W razie, gdyby kupiciel cenę kupna w terminie warunkiem 3 wznaczonym nie złożył, na tedy traci wadium i gospodarstwo to na jego koszt i niebezpieczeństwo na nowo na jednym terminie za jakąbądź cenę kupna sprzedane będzie.
6. Kupicelowi nie przyznaje się żadnej ewikcji i obowiązuje go się, należytość za przeniesienie własności bez odtrącenia od ceny kupna z własnego zapłacić.
7. Na wypadek, gdyby ani przy pierwszym ani przy drugim terminie licytacyjnym cena szacunkowa uzyskana nie była, wyznaczy się celem ułożenia ułatwiających warunków sprzedaży w myśl § 148 ust. sąd. termin, na który się strony z tym dodatkiem zavezowią, iż nieobecni za przystępujących do większości głosów stojących interesowanych poczynani będą.

cunkowa uzyskana nie była, wyznaczy się celem ułożenia ułatwiających warunków sprzedaży w myśl § 148 ust. sąd. termin, na który się strony z tym dodatkiem zavezowią, iż nieobecni za przystępujących do większości głosów stojących interesowanych poczynani będą.

8. Kupiciel realności będzie obowiązany realnie ciężać na tęże długi, o ile cena kupna dostarczać będzie, na siebie przyjąć, jeżeli nie zechce.

Akt opisania i oszacowania powyższej realności może być w tutejszym Sądzie powiatowym przeglądany.

Łańcut, 1 marca 1865.

Edict. (416. 2-3)

Vom k. k. Tarnower Kreis-Gerichte wird dem Alfred Bogusz mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider denselben Freude Knobel wegen Zahlung der Wechselsumme von 300 fl. d. W. f. N. G. hiergerichts sub praes. 8. April 1865 z. 3. 5274 eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber unterm Heutigen der Zahlungsauftrag erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Alfred Bogusz unbekannt ist, so hat das k. k. Kreis-Gericht zu seiner Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen k. k. Advocaten Dr. Grabczyński mit Substituierung des k. k. Adv. Dr. Rutowski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem Kreis-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben würde.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichts.

Tarnow, 12. April 1865.

Wiener Börse-Bericht

vom 2. Mai.

Öffentliche Schuld.		A. des Staates.	Geld	Maass
In Oest. W. zu 5% für 100 fl.		aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	75.50	67.60
mit Zinsen vom Jänner — Juli		Metalliques zu 5% für 100 fl.	75.65	75.80
vom April — October		ditto „ 4 1/2% für 100 fl.	71.55	71.65
Metalliques zu 5% für 100 fl.		mit Verlosung v. 3. 1839 für 100 fl.	64. —	64.25
ditto „ 4 1/2% für 100 fl.		„ 1854 für 100 fl.	159.75	160.25
mit Verlosung v. 3. 1839 für 100 fl.		„ 1860 für 100 fl.	88. —	88.50
Prämiencheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.		zu 50 fl.	97.20	97.40
Gemo-Rentencheine zu 42 L. austr.			89. —	89.10
			89. —	89.10
			47.75	48. —

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen			
von Nieder-Oest. zu 5% für 100 fl.		88.75	89.25
von Böhren zu 5% für 100 fl.		87.50	88.50
von Schlesien zu 5% für 100 fl.		90. —	91. —
von Steiermark zu 5% für 100 fl.		89. —	90. —
von Tirol zu 5% für 100 fl.		—	—
von Kärnt. Krain u. Fäst. zu 5% für 100 fl.		88.50	92. —
von Ungarn zu 5% für 100 fl.		74.60	75. —
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.		73. —	73.75
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.		74.50	75.50
von Galizien zu 5% für 100 fl.		74. —	74.50
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.		70.50	71. —
von Bukowina zu 5% für 100 fl.		70.50	71. —

Actien (pr. Et.)

der Nationalbank	802. —	804. —
der Credit-Anstalt zu 200 fl. öst. W.	185.30	185.50
der Niederö. Escompte-Gesells. zu 500 fl. d. W.	578. —	580. —
der kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. d. W.	1785. —	1787. —
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. d. W.	188.10	188.30
der vereinigten österr. lomb. ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. W. oder 500 fr.	232. —	234. —
der kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. d. W.	134.50	135. —
der galiz. Karl Ludwig-Bahn zu 200 fl. d. W.	208. —	208.50
der k. k. priv. österr. Staats-Eisenbahn-Gesells. zu 200 fl. d. W. in Silber (20 fl. St.) mit 3 1/2% Einz.	56. —	56.50
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. d. W.	167. —	167.25
der k. k. priv. österr. Staats-Eisenbahn-Gesells. zu 200 fl. d. W. mit 140 fl. (70%) Einz.	123. —	123.50
der österr. Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft zu 500 fl. d. W.	500. —	501. —
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. d. W.	232. —	234. —
der Wiener Dampf-Mühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. öst. W.	405. —	410. —
der Oest.-Böhm. Kettenbrüche zu 500 fl. d. W.	368. —	372. —

Pfandbriefe

der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl.	102.50	103. —
auf G. u. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	91.80	92. —
auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	87.50	87.60
Galiz. Credit-Anstalt öst. W. zu 4% für 100 fl.	—	70. —